



KAS INTERNATIONAL

INFORMATIONEN AUS DER HAUPTABTEILUNG **INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT**



DEMOKRATIE UND ENTWICKLUNG:
Palästinensische Jugendliche des Baader Youth Networks informierten sich in Deutschland über das politische und wirtschaftliche System der Bundesrepublik.



WIRTSCHAFTS- UND SOZIALORDNUNG:
In Seoul eröffnete Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lamert das Symposium „Herausforderungen für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft in einer globalisierten Welt“.



MEDIEN:
Die Deutsche Presse-Agentur (dpa) und das „Asian News Network“ (ANN) beschlossen im Juli 2008 eine Kooperation.



POLITISCHER DIALOG:
Im Oktober besuchte das Parlament des nigerianischen Bundesstaates Plateau State Deutschland.

INHALT

- **Seite 2**
Editorial
- **Seite 3**
Schwerpunkt
Menschenrechte
- **Seite 5**
Rechtsstaat
- **Seite 7**
Demokratie und Entwicklung
- **Seite 8**
Wirtschafts- und Sozialordnung
- **Seite 10**
KAS-Panorama
- **Seite 12**
Medien
- **Seite 14**
Politischer Dialog
- **Seite 18**
Energie und Umwelt
- **Seite 19**
Neuigkeiten aus der Internationalen Zusammenarbeit
- **Seite 20**
Neuerscheinungen

„MENSCHENRECHTE WELTWEIT SICHERN“ DAS THEMA AM TAG DER KAS

Am 10. Dezember 2008 feiert die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte ihren 60. Geburtstag. Für die Konrad-Adenauer-Stiftung ein Anlass, sich ausführlich dem Thema „Menschenrechte“ zu widmen. Der weltweite Einsatz für die Sicherung der Menschenrechte ist eine zentrale Aufgabe vor allem der internationalen Zusammenarbeit der Stiftung und war das Leitmotiv des diesjährigen Tages der KAS.

60 Jahre ist es her, dass die Vorsitzende der UNO-Menschenrechtskommission, Eleanor Roosevelt, vor die Generalversammlung trat und ein Dokument vorstellte, das zu einem der wichtigsten nach dem Zweiten Weltkrieg werden sollte: „Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ (AEMR), der erste Katalog von weltweit geltenden Rechten, die jedem Menschen zukommen sollten, gleich welcher Hautfarbe, Abstammung oder Geschlechts. Eine Art „Weltgewissen“ war geboren: Das, wie es in der Präambel heißt, „von allen Völ-



V.l.n.r. Prof. Dr. Bernhard Vogel mit Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und Alexander Milinkiewitsch.

kern und Nationen zu erreichende, gemeinsame Ideal“, eine Basis für ein humanitäres Völkerrecht. Mit dem Beitritt in die Staatengemeinschaft der Vereinten Nationen ist automatisch die Anerkennung der Erklärung verbunden und damit die Verpflichtung, sich politisch an diesem Ideal auszurichten.

Fortsetzung auf Seite 3



EDITORIAL

LIEBE LESERINNEN UND LESER,



einmal im Jahr öffnen wir unser Haus, um Ihnen die Konrad-Adenauer-Stiftung vorzustellen – unsere Maßnahmen im In- und Ausland, unsere Grundwerte und Ziele. Und jedes Jahr ist dieser Tag – der „Tag der KAS“ – einem Leitthema gewidmet, das einen Kernbereich unserer Arbeit hervorheben soll.

„Menschenrechte weltweit sichern!“ lautete diesmal unser Motto. Im 60. Jubiläumsjahr der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ wollten wir am 17. September 2008, dem diesjährigen „Tag der KAS“, nicht nur den Anlass feiern, sondern auch eine Überzeugung formulieren,

die wir als Auftrag verstehen – und die Bedeutung unterstreichen, die dieser Auftrag für uns hat. Denn als politische Stiftung, die sich dem christlichen Menschenbild und der Idee von Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit verpflichtet weiß, ist die Wahrung und der Schutz der Menschenrechte mehr als eine Querschnittsaufgabe. Sie ist inhärenter Bestandteil unserer Stiftungsarbeit. Sich für „das Recht, Rechte zu haben“, wie es Hannah Arendt formulierte, weltweit einzusetzen, ist für uns nicht nur eine ethische, sondern auch eine politische Verpflichtung.

„Wer frei ist, hat die Pflicht, für die Freiheit derer einzutreten, denen Freiheit vorenthalten ist“ – diesem Leitsatz aus dem CDU-Grundsatzprogramm folgt vor allem unser internationales Engagement. Denn Freiheit ist nach wie vor keine Selbstverständlichkeit. Weniger als ein Fünftel der Staaten gelten als „frei“, in vielen Ländern werden Meinungs- und Pressefreiheit unterdrückt, Journalisten und Oppositionelle für ihre Überzeugungen ins Gefängnis gebracht. Und obwohl 145 Staaten die Antifolterkonvention der Vereinten Nationen inzwischen ratifiziert haben, werden in beinahe 100 weiterhin Menschen misshandelt. Immer wieder zeigt sich: Dass Staaten internationale Verpflichtungen eingegangen sind, bedeutet noch keineswegs, dass sie ihnen auch nachkommen. Vom Bekenntnis zur Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte bis hin zu ihrer tatsächlichen Durchsetzung und Einhaltung ist es immer noch ein langer Weg.

Die internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung will diesen Weg gestalten und begleiten. Zusammen mit unseren Partnern arbeiten wir in über 100 Ländern vor Ort, um diesem Ziel näherzukommen. Mit zahlreichen Maßnahmen zur politischen Bildung und Menschenrechts-erziehung, mit Förder- und Dialogprogrammen wirken wir auf Entscheidungsträger ein, um ihnen Möglichkeiten zu eröffnen, ihre Rechte kennenzulernen und wahrzunehmen – oder sie dort einzufordern, wo sie ihnen vorenthalten werden. Unsere länderübergreifenden Rechtsstaats- und Medienprogramme helfen, die Voraussetzungen zu schaffen, damit diese Entwicklung auch nachhaltig gelingen kann.

„Alle Menschen sind frei und an Würde und Rechten gleich geboren“ – das Versprechen der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte ist noch weitgehend uneingelöst. Wir wollen politische Rahmenbedingungen verbessern, die dieses Versprechen Realität, eine gelebte, erfahrbare Tatsache werden lassen. Und dafür sorgen, dass es gesichert bleiben kann – weltweit.

Berlin, im November 2008

Dr. Gerhard Wahlers | Stellvertretender Generalsekretär



IMPRESSUM

Herausgeber

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Internationale
Zusammenarbeit
Klingelhöferstr. 23
D-10907 Berlin

Verantwortlich

Dr. Gerhard Wahlers

Redaktionsteam

■ Dr. Helmut Reifeld:
Gesamtkoordination
■ Laura Bierling:
Assistenz

■ Dr. Nino Galetti:
Medien, Energie und
Umwelt

■ Dr. Karsten Grabow:
Politischer Dialog

■ Dr. Angelika Klein:
Werte- und Religions-
dialog, Menschenrechte

■ Dr. Helmut Reifeld:
Demokratie und
Entwicklung

■ Susanna Vogt:
Wirtschafts- und
Sozialordnung

■ Dr. Jan Woischnik:
Rechtsstaat

Kontakt über:

Vorname.Nachname@
kas.de

Gestaltung

SWITSCH
KommunikationsDesign,
Köln

Fotos

dpa, Fotolia, KAS

© 2008

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.



„Ob Menschenrechte eine westliche Idee sind, frage man diejenigen, die ihrer beraubt worden sind.“ (Dr. Gerhard Wahlers in seiner Eröffnungsrede am Tag der KAS)

SCHWERPUNKTTHEMA

„MENSCHENRECHTE WELTWEIT SICHERN“ – DAS THEMA AM TAG DER KAS

Fortsetzung
von Seite 1 ►

Bild oben:
v.l.n.r. Alexander
Milinkiewitsch,
Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel,
Prof. Dr. Bernhard
Vogel, Dr. Gerhard
Wahlers

Der Beschluss der UN-Generalversammlung erhält zunehmend Verpflichtungscharakter. Im Juli 1951 wird die Genfer Flüchtlingskonvention auf den Weg gebracht, im Dezember 1965 die UN-Konvention gegen Rassendiskriminierung. Ein Jahr später folgen zwei weitere Abkommen – der „Internationale Pakt über bürgerliche und zivile Rechte“, auch „Zivilpakt“ genannt und, auf Initiative der sozialistischen Staaten, der „Sozialpakt“, der wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte enthält. 1979 folgt das UN-Übereinkommen gegen Frauendiskriminierung, 1984 gegen Folter, 1989 für Kinderrechte und 1990 zum Schutz der Wanderarbeitnehmer. Mit Zusammenbruch des Ostblocks eröffnen sich neue, gemeinsame Möglichkeiten der Menschenrechtspolitik – weitere Konventionen sind die Folge (etwa das Recht auf eine saubere Umwelt in der Rio-Erklärung von 1992), und zunehmend treten Kollektivrechte auf den Plan (so das Recht auf Entwicklung). Mit der Wiener Deklaration von 1993 wird das Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte geschaffen. Ein Internationaler Strafgerichtshof wird eingerichtet, der im März 2003 seine Arbeit aufnehmen kann.

Inzwischen haben sich neben den internationalen auch regionale Instrumente des Menschenrechtsschutzes gebildet. Die Stärkung der regionalen Menschenrechtshöfe ist ein besonderes Anliegen des internationalen Rechtsstaatsprogramms der KAS. Es soll dabei helfen, den rechtlichen und demokratischen Schutzraum zu schaffen, den die Menschenrechte für ihre Anerkennung benötigen. In Südosteuropa, Subsahara-Afrika, Lateinamerika und Asien dient es dem Aufbau einer leistungsfähigen Rechtsordnung, der Gewaltenteilung und einer anerkannten und unabhängigen Justiz und zielt auf die Implementierung von politischen und rechtlichen Verfahren, bei denen die Einhaltung der Menschenrechte maßgeblich ist.

Auch die Medien spielen diesbezüglich eine Schlüsselrolle. Verletzungen der Menschenrechte werden zuerst durch die Medien publik gemacht, der Grad der Pressefreiheit ist selbst ein Indikator für den Zustand der Demokratie in einem Land. Das länderübergreifende



Medienprogramm der KAS widmet sich daher nicht nur der soliden Ausbildung von Journalisten, sondern setzt sich für Meinungsfreiheit und –vielfalt und eine verantwortungsvolle Berichterstattung ein.

„Menschenrechte weltweit sichern!“ – dieser Auftrag der Internationalen Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung hat an Relevanz nichts verloren. „Die Zeit ist überfällig, die Allgemeine Erklärung wiederzuentdecken, damit jeder von uns die damit enthaltenen Grundsätze in seinem täglichen Leben beachtet“, erklärte kürzlich der südafrikanische Erzbischof und Friedensnobelpreisträger Desmond Tutu angesichts des Jubiläums.

Wie sehr Verletzungen von Menschenrechten weltweit noch immer an der Tagesordnung sind und wie wenig die AEMR von ihrer Aktualität eingebüßt hat, erfahren wir ständig. Meldungen über Folter und Gewalt, Todesstrafen und Diskriminierungen, Menschenhandel, Flucht und Zwangsvertreibungen gehören zu der Realität, der wir uns in der internationalen Arbeit täglich neu stellen müssen.

Vor diesem Hintergrund war die Sicherung der Menschenrechte das Leitthema am „Tag der KAS“. Zum Einstieg berichtete Alexander Milinkiewitsch, der weißrussische Oppositionspolitiker und Leiter der Bewegung „Für die Freiheit“, über die aktuelle Menschenrechtslage in Weißrussland. Insbesondere in Ländern, die sich in einer drastischen wirtschaftlichen und politischen Um-

Fortsetzung auf Seite 4



Gelten Menschenrechte universal?

Menschenrechte werden in unterschiedlichen Regionen, Religionen oder Kulturräumen durchaus unterschiedlich bewertet und teilweise auch begründet. Aber kommt ihnen dadurch bereits eine unterschiedliche Geltung zu? Das Buch bietet eine Positionierung nicht nur zu einer notwendigen Begründung, sondern auch zu den Konsequenzen bei der politischen Umsetzung.

Verlag Herder
GmbH, Freiburg
2008, ISBN 978-3-451-29975-9

SCHWERPUNKTTHEMA



V.I.n.r. Andi Matalatta, indonesischer Justiz- und Menschenrechtsminister, Josep Casadevall, Richter am neuen Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, Sanji Mmasenono Monageng, Richterin am Obergericht im Königreich Swasiland, Cecilia Medina Quiroga, Rechtsanwältin und Präsidentin des Inter-Amerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte.

Fortsetzung von Seite 3 ►

gestaltung befinden, könnten aus seiner Sicht die Ideen der Menschenrechte zu einem „Leuchtfeuer“ werden. Entschieden sprach er sich gegen die aktuelle Tendenz in einigen Ländern aus, Menschenrechte und Demokratie zu diskreditieren. Eine derartige Missachtung könne nur „katastrophale Folgen“ haben, und zwar überall auf der Welt.



Im Anschluss folgte eine öffentliche Podiumsdiskussion mit Spitzenvertretern des internationalen Menschenrechtsschutzes aus Afrika, Asien, Europa und Lateinamerika.

Dem Publikum bot sich auf diese Weise eine aufschlussreiche und spannende Diskussion mit der Präsidentin der Afrikanischen Menschenrechtskommission Sanji Mmasenono Monageng, dem Justizminister Indonesiens Andi Matalatta (für den ASEAN-Raum), dem Sektionspräsidenten am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte Josep Casadevall sowie der Präsidentin des Interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte Cecilia Medina Quiroga. Die Diskussion fand in der Akademie der Stiftung in Berlin statt und wurde von Günter Nooke, dem Beauftragten der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe, moderiert.

Den Höhepunkt des „Tags der KAS“ bildete indes die Rede der Bundeskanzlerin, Dr. Angela Merkel, zu einer werteorientierten Außenpolitik in der globalisierten Welt. Ein friedliches Zusammenleben aller Menschen in einer globalisierten Welt sei nur auf der Basis eines gemeinsamen Wertefundaments und eines andauernden Dialogs möglich, betonte die Bundeskanzlerin. Sie

erinnerte an die vergleichsweise kurze Tradition der Akzeptanz von Menschenrechten als universal und an den schwierigen, langwierigen Prozess in Deutschland und Europa bis zur Anerkennung „gleicher Rechte, die sich aus der gleichen Würde des Menschen ergeben“. Dabei könne akzeptiert werden, dass es Unterschiede in den Formen menschlichen Zusammenlebens gäbe, bestimmte historische und kulturelle Umstände aber als Rechtfertigung für die Verletzung unveräußerlicher Menschenrechte zu benutzen, sei inakzeptabel.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung verliert dies in ihrer täglichen Arbeit nicht aus dem Blick. Sie setzt sich auch weiterhin dafür ein, dass aus Menschenrechten Menschenpflichten werden.



MENSCHENRECHTSAUFKLÄRUNG KREATIV!

FILMWETTBEWERB IN MALAYSIA

„Dare2Document“ lautete das Motto des Freedom Film Festivals 2008, das die Konrad-Adenauer-Stiftung in Zusammenarbeit mit PUSAT KOMAS, einem Medienzentrum in Kuala Lumpur, im September ausrichtete. Junge Menschenrechtsaktivisten, Drehbuchautoren und Filmemacher waren aufgerufen, Skripte zur Menschenrechtssituation in Malaysia einzureichen. Im Fokus standen die neu gewonnenen politischen Freiräume nach den Parlamentswahlen im März 2008, bei denen die Opposition unerwartet große Zugewinne verzeichnete. Drei Beiträge wurden durch eine internationale Jury ausgewählt und prämiert. Die ausgearbeiteten Filme wurden an vier verschiedenen Standorten in Malaysia gezeigt und mit den Autoren und einem breiten Publikum öffentlich diskutiert. Der Andrang war groß und Ausdruck des insgesamt gestiegenen und kritischen Interesses an der Menschenrechtssituation im Land. Mit dem Freedom Film Festival bietet die Konrad-Adenauer-Stiftung den ersten Menschenrechtsfilmwettbewerb in Malaysia an und geht durch das innovative Format neue Wege in der politischen Bildungsarbeit.

Ohne einen Rechtsstaat, der die Rechte und Freiheiten aller Menschen schützt, kann es keine nachhaltige Entwicklung geben. Für jedes Land, das im Zeitalter der Globalisierung sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt erreichen will, ist die Förderung der Rechtsstaatlichkeit eine zwingende Notwendigkeit.

RECHTSSTAAT

KAS-MENSCHENRECHTSKONFERENZ IN RUANDA

Menschenrechte sind eines der großen Themen in Afrika. Das liegt nicht nur daran, dass etliche afrikanische Länder immer wieder mit schweren Menschenrechtsverletzungen in Verbindung gebracht werden, sondern auch an umfangreichen weltweiten Bemühungen der internationalen Gemeinschaft, insbesondere im Rahmen des UN-Systems, Entwicklung und Schutz von Menschenrechten systematisch und institutionalisiert voranzutreiben.

Prof. Dr. Vogel und Dr. Gerhard Wahlers im Gespräch mit Premierminister Dr. Bernard Makuza.



Die Initiativen der UN-Institutionen haben in den letzten 50 Jahren in einer großen Zahl internationaler Konventionen zum Schutz der Menschenrechte ihren Niederschlag gefunden. Die meisten afrikanischen Länder sind vielen dieser Konventionen beigetreten und haben damit diese als innerstaatliches Recht übernommen. Viele afrikanische Länder verfügen inzwischen über eine Menschenrechtskommission, eine Institution, die Staat und Zivilgesellschaft vernetzt. Auch auf regionaler Ebene ist die Bildung von Menschenrechtskommissionen im Gang oder in der Diskussion. Auf multinationaler Ebene hat die Afrikanische Union zwei Institutionen gegründet, die dem Schutz der Menschenrechte gewidmet sind: die Afrikanische Kommission für Menschenrechte mit Sitz in Banjul (Gambia) und den Afrikanischen Gerichtshof für Menschen- und Völkerrechte mit Sitz in Arusha (Tansania). Relativierend wirkt sich allerdings aus, dass deren Zuständigkeiten nicht abschließend geregelt sind, und dass sich meist Opfer nicht unmittelbar an sie wenden können.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung verfolgt diese Entwicklung mit Aufmerksamkeit und Interesse. Menschenrechte stehen im Zentrum ihres vom christlich-demokratischen Weltbild geprägten Auftrags. Vom 4. bis 6. September 2008 veranstaltete das Rechtsstaatsprogramm Subsahara-Afrika eine internationale Fachkonferenz in Kigali (Ruanda) zum Thema „Menschenrechte in Afrika, Herausforderungen und Möglichkeiten im neuen Jahrtausend“. Auf der Konferenz wurde zunächst die Menschenrechtssituation in den verschiedenen Regionen Afrikas von Experten dargestellt. Danach richtete sich der Blick auf die panafricanischen, von der Afrikanischen Union geschaffenen, Institutionen zum Schutz der Menschenrechte: die Afrikanische Kommission für Menschenrechte und den Afrikanischen Gerichtshof für Menschen- und Völkerrechte, der von seinem Präsidenten, Prof. Dr. Gérard Niyungeko, vorgestellt wurde.

Schließlich beschäftigte sich die Konferenz mit der spezifischen Situation in Ruanda, wo beim Genozid der 90er Jahre hunderttausende Menschen ermordet wurden. Ruanda hat seitdem bedeutende Anstrengungen unternommen, die dramatischen Folgen dieses Völkermords unter dem Motto „Versöhnung vor Bestrafung“ aufzuarbeiten. Der stellvertretende Präsident des Obersten Gerichts von Ruanda und die Vorsitzenden der Menschenrechts- wie auch der Versöhnungskommission stellten diese Bemühungen im Einzelnen dar, während einer der internationalen Richter des UN-Kriegsverbrechertribunals für Ruanda die Bemühungen um die Verurteilung der Kriegsverbrecher erläuterte.

Die Konferenz wurde von der Konrad-Adenauer-Stiftung wie auch von der Regierung Ruandas als ein außerordentlich wichtiges Ereignis angesehen. Das kam nicht zuletzt darin zum Ausdruck, dass der KAS-Vorsitzende Prof. Dr. Bernhard Vogel die Konferenz zusammen mit dem Ministerpräsidenten von Ruanda, Dr. Bernard Makuza, eröffnete. In den ruandischen Medien wie auch in der afrikanischen Fachpresse fand die Konferenz ein starkes Echo.

RECHTSSTAAT

SOMMERSCHULE IN SARAJEVO

Sarajevo, die Hauptstadt des jugoslawischen Nachfolgestaats Bosnien-Herzegowina, zog im August 2008 nicht nur Freunde des Films an. Die Stadt in der Mitte Südosteuropas ist seit 2006 in dem Sommermonat vielmehr auch für Studierende der Rechtswissenschaften und verwandter Disziplinen aus Europa und den USA attraktiv. Der Grund ist die Internationale Sommerschule Sarajevo, die das KAS-Rechtsstaatsprogramm in Südosteuropa in diesem Jahr zum zweiten Mal mit dem lokalen Kooperationspartner „Pravnik“ für 34 Studierende zum Thema „Rule of Law in Theory and Practice“ durchgeführt hat. Die Hauptstadt Bosnien und Herzegowinas bietet sich als Austragungsort für eine Sommerschule zu diesem Thema besonders an: Dies nicht nur wegen seiner geographischen Lage, sondern gerade auch wegen der Erfahrungen, die dieses Land mit dem Aufbau von Rechtsstaatlichkeit unter internationaler Beteiligung gesammelt hat.



Der ehemalige Hohe Repräsentant und EU-Sondervertreter für Bosnien-Herzegowina, Prof. Dr. Christian Schwarz-Schilling, bei seinem Vortrag zum Thema „International Intervention and the Rule of Law in BiH“ zusammen mit der Leiterin des Rechtsstaatsprogramms in Südosteuropa, Dr. Stefanie Ricarda Roos.

ÄGYPTISCH-DEUTSCHES THINK TANK-TREFFEN

Unabhängige, problemorientierte und wissenschaftsbasierte Politikberatung ist in Ägypten noch weitgehend unbekannt. Ende Juni 2008 luden die KAS und der Think Tank des ägyptischen Kabinetts (IDSC) deutsche und ägyptische Experten und Politikberater zum Gedanken- und Erfahrungsaustausch nach Kairo ein. Im Vordergrund standen Fragen der Methodik und Arbeitsweise von Think Tanks. Wie der ägyptische Verwaltungsminister, Dr. Ahmed Darwish, während der Veranstaltung betonte, werde derartiges Know-how in Ägypten dringend gebraucht und von deutscher Seite vorbildhaft angeboten. Die KAS und IDSC werden deshalb die Reihe deutsch-ägyptischer Think Tank-Treffen im Jahre 2009 weiterführen.



POLITISCHE GESPRÄCHE AUF DEM BALKAN

Vom 9. bis 15. Oktober 2008 hielten sich der Vorsitzende und der stellvertretende Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung, Prof. Dr. Bernhard Vogel und Dr. Gerhard Wahlers zu politischen Gesprächen in Bosnien-Herzegowina,

in Serbien und im Kosovo auf. In Sarajevo trafen sie mit dem Hohen Repräsentanten für Bosnien-Herzegowina und EU-Sonderbeauftragten, Dr. Miroslav



Lajčák, zusammen. Dieser informierte sie über die zunehmend schwierige innenpolitische Lage des Landes und die unzureichende Übereinstimmung der Internationalen Gemeinschaft über die Ausrichtung ihrer Bosnien-Politik. Hier fand Lajčák sehr deutliche Worte: Bosnien-Herzegowina dürfe als multiethnisches und demokratisches Land nicht scheitern. Die EU müsse einen klaren Standpunkt einnehmen und dürfe den Zerfall des Landes nicht zulassen: „Wir brauchen die Führerschaft der EU in Bosnien-Herzegowina“.

In Serbien und im Kosovo wurden Gespräche mit Ministern, hohen Repräsentanten der internationalen Gemeinschaft, geistlichen Würdenträgern sowie den Präsidenten beider Länder geführt. Der Präsident Serbiens, Boris Tadić, verwies auf die klare EU-Orientierung Serbiens, die durch das Wahlervotum im Mai zum Ausdruck kam. Der Präsident des Kosovo, Fatmir Sejdiu, betonte die Notwendigkeit des Anerkennungsprozesses des Kosovo, da dieser erhebliche Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung des Landes habe. Diese Einschätzung wurde ausdrücklich durch den Sonderbeauftragten der EU und Internationalen Zivilen Repräsentanten, Pieter Feith, geteilt.



Bei allen Gesprächen wurde die Arbeit der KAS gewürdigt und deren Fortsetzung ausdrücklich gewünscht. Prof. Dr. Vogel sagte auch für die Zukunft das Engagement der KAS in diesen Ländern zu.



DEMOKRATIE UND ENTWICKLUNG

EU-PROJEKT ZUR KORRUPTIONSBEKÄMPFUNG
IN DEN PALÄSTINENSISCHEN GEBIETEN

Bild oben:
Verleihung der
NRO-Zertifikate
an Vertreter der
beteiligten Orga-
nisationen.

Das von der Europäischen Kommission geförderte Projekt „Nazaha“ (Integrität) der Konrad-Adenauer-Stiftung Ramallah konnte im Sommer 2008 erfolgreich abgeschlossen werden. Die lokale Partnerorganisation „Coalition for Accountability and Integrity“ (AMAN), palästinensische Sektion von Transparency International, wird die Arbeit zur Stärkung der Zivilgesellschaft durch die Verbesserung von Transparenz und „Good Governance“ im NRO-Sektor, die über zwei Jahre lang gemeinsam von KAS und AMAN geleistet wurde, mit Begleitung der KAS fortsetzen. Damit wurde das Ziel der Übergabe an den Partner vor Ort erreicht.

Mit dem Projekt hatte sich die KAS in Ramallah vorgenommen, Korruption innerhalb der palästinensischen Nichtregierungsorganisationen zu bekämpfen und strikte Standards zu Integrität und Transparenz zu implementieren. Dadurch sollte den NROs ermöglicht werden, eine Wächterrolle gegen Korruption in den palästinensischen Autonomiegebieten zu übernehmen. Wichtigstes Instrument hierzu war ein 2007 veröffentlichter Verhaltenskodex (Code of Conduct) für NROs, der unabhängige Rechnungsprüfung und Transparenz der Öffentlichkeit gegenüber, die Einhaltung finanzieller und administrativer Standards und die Vermeidung von Interessenskonflikten beinhaltet.

PERSPEKTIVEN FÜR DIE
PALÄSTINENSISCHE JUGEND

„Baader“, das arabische Wort für „beginnen, initiieren“, ist das Schlagwort des Baader Youth Networks. Seit 2006 erwerben und erweitern die zum Großteil unter 25 Jahre alten Baader-Mitglieder innerhalb von Workshops, Diskussionsrunden und Kampagnen ihr Wissen um demokratische Werte und Strukturen, artikulieren ihre Interessen und setzen sich aktiv für deren Verwirklichung ein. Langfristig wird durch diese Aktivitäten der Aufbau einer politischen Jugendorganisation angestrebt, die den Staatswerdungsprozess vorantreibt und Nachwuchs an politischen Führungskräften in den palästinensischen Autonomiegebieten stellen kann. Im Rahmen dieses Projektes machten ausgewählte Baader-Mitglieder im Oktober eine politische Bildungsreise nach Deutschland. Das Wissen und die Erfahrung, die die Teilnehmer der Reise innerhalb eines umfangreichen Programms zum politischen und wirtschaftlichen System der Bundesrepublik Deutschland sammelten, sollen ihnen als Anreiz für ihre Arbeit in Palästina dienen. Krönenden Abschluss bildete ein Besuch von Baader-Mitgliedern beim palästinensischen Premierminister Salam Fayyad im November, dem die Mitglieder ihre politischen Ideen und Vorstellungen vortrugen. Das Baader Youth Network ist eine Kooperation zwischen der Konrad-Adenauer-Stiftung in Ramallah und dem International Peace and Cooperation Center mit Sitz in Jerusalem. Es wird vom Auswärtigen Amt gefördert.

TÜRKISCH-GRIECHISCHER
KOMMUNALPOLITISCHER
DIALOG

Etwa 100 Bürgermeister und kommunale Mandatsträger aus der Türkei und Griechenland trafen sich im Oktober zu einer Dialogveranstaltung in der Nähe der türkischen Stadt Izmir. Die Veranstaltung wurde von der Konrad-Adenauer-Stiftung gemeinsam mit dem türkischen regionalen Kommunalverband Ägäis und dem Verband der Küstenstädte organisiert.

Während der Veranstaltung wurde intensiv über die Hindernisse und Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit zwischen Türken und Griechen diskutiert. Die KAS hatte auch einige Experten aus Deutschland und Europa eingeladen, die über Beispiele der regionalen Zusammenarbeit im Länderdreieck Deutschland-Frankreich-Schweiz oder im Grenzgebiet zwischen Deutschland, Polen und Tschechien berichteten. Ferner wurde ein Koordinierungskomitee auf den Weg gebracht, das gemeinsame Anträge für EU-Förderprojekte stellen soll.

Zusammenwachsende Märkte müssen durch eine ausgewogene Balance zwischen Markt und Staat sowie verbindliche Regeln für den internationalen Wirtschaftsprozess geprägt sein.

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALORDNUNG



HERAUSFORDERUNGEN FÜR WIRTSCHAFT, POLITIK UND GESELLSCHAFT IN EINER GLOBALISIERTEN WELT

INTERNATIONALE KONFERENZ IN SÜDKOREA

„Der Globalisierung kann sich heute kein Land der Erde mehr entziehen. Eine Diskussion für oder gegen die Globalisierung ist daher in der Politik unangebracht, vielmehr muss sich die Politik geeignete Maßnahmen überlegen, um mit dieser richtig umzugehen.“ Dies betonte Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert in seinem Grußwort zum internationalen Symposium „Herausforderungen für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft in einer globalisierten Welt“.

Prof. Dr. Lammert unterstrich die sowohl für Korea als auch für die Europäische Union bestehende Chance, durch den Globalisierungsprozess zu Wohlstand, Wachstum, Frieden und Stabilität zu gelangen. Den Herausforderungen hätten sich die Länder jedoch in gleichem Maße zu stellen.

Die Konferenz war in die Themenblöcke „Frieden und Stabilität“ sowie „Wachstum und Wohlstand“ aufgeteilt. Referenten waren u. a. der Präsident des Institute of Foreign Affairs and National Security Lee Soon-Chun, der Generaldirektor des Multilateralen Handelsbüros des Außen- und Handelsministeriums Lee Tae-ho, der außenpolitische Berater der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Dr. Heinrich Kreft sowie Dr. Heribert Dieter von der Forschungsgruppe globale Fragen der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). Thematisiert wurde insbesondere die Rolle der EU in der Gewährleistung und Herbeiführung von Frieden und Stabilität: Großes Potential stecke in der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU, doch dieses Potential werde derzeit noch nicht voll ausgeschöpft. Von koreanischer Seite wurde betont, dass sich Korea bislang zu sehr auf den innerkoreanischen Frieden konzentriert und daraus resultierend globale Probleme vernachlässigt habe. Die neue Regierung strebe ein stärkeres internationales Engagement Koreas an, ohne dabei die Sicherheit auf der koreanischen Halbinsel und das Ziel der Wiedervereinigung vernachlässigen zu wollen. Chancen und Risiken der Globalisierung wurden thematisiert und hier boten insbesondere die

aktuelle globale Krise der Finanzmärkte sowie der Stillstand der internationalen Handelsliberalisierung Diskussionsstoff. Der negativen Stimmung innerhalb der koreanischen Bevölkerung – vor allem gegenüber Freihandelsabkommen wie demjenigen mit den USA – müsse mit einer transparenten Regierungspolitik entgegengewirkt werden. Diese Politik wird von Seiten Koreas als Schlüssel zu einem veränderten Globalisierungsverständnis gesehen, in dem Wirtschaftskooperationen nicht mehr als Gefahr, sondern als Chance wahrgenommen werden.

Bild oben: Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert eröffnete das international besetzte Symposium in Seoul.



VOM MARKT ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE FOREN IN SERBIEN

Der tiefgreifende Prozess politischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Reformen hat in Serbien erst spät eingesetzt. Zwar verläuft die makroökonomische Entwicklung des Landes positiv, doch prägen niedrige Einkommen und eine hohe Arbeitslosenrate den schwierigen wirtschaftlichen Alltag vieler Menschen. Das Vertrauen in Demokratie und Marktwirtschaft ist im Land noch nicht gefestigt.

Mit drei wirtschaftspolitischen Foren hat das KAS-Auslandsbüro Serbien einen Anstoß zu einer ordnungspolitischen Debatte gegeben. Unter Teilnahme von Experten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien wurde das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft in den Blick gerückt. Die Diskussion zeigte, dass gerade die Abgrenzung von Sozialer zu liberaler Marktwirtschaft sowie der Marktwirtschaft „sozialistischer Prägung“ schwer fällt. Auch für die internationale Ebene bietet die Soziale Marktwirtschaft Antworten in der Diskussion: Zusammenwachsende Märkte müssen ebenfalls durch eine ausgewogene Balance zwischen Markt und Staat sowie verbindliche Regeln für den internationalen Wirtschaftsprozess geprägt sein.

Die wirtschaftspolitischen Foren zeigten den großen Bedarf eines öffentlichen Dialogs zu diesen Themen in Serbien. Das Auslandsbüro der KAS in Belgrad wird sich dem ordnungspolitischen Dialog auch 2009 intensiv widmen.



WIRTSCHAFTS- UND SOZIALORDNUNG

GLOBALISIERUNG MIT MENSCHLICHEM GESICHT

GEMEINSAME KONFERENZ VON PAN – CDU – FRPH – KAS



Bild oben:
V.I.n.r. Rogelio Carbajal, Generalsekretär der PAN, Luis de la Peña Stettner, Unternehmerverband USEM, und Hartwig Fischer MdB.

„Heutzutage fressen nicht die großen die kleinen, sondern die schnellen die langsamen Fische.“ So charakterisierte Senatspräsident Gustavo Madero Muñoz die Entwicklung des globalen Wohlstandes während der gemeinsam von PAN und CDU sowie den jeweiligen parteinahen Stiftungen Fundación Rafael Preciado Hernández (FRPH) und Konrad-Adenauer-Stiftung Anfang Oktober 2008 in Mexiko organisierten internationalen Konferenz.

Zwar lebten heute zwei Drittel der Menschen weltweit unter mehr oder weniger demokratischen und marktwirtschaftlichen Bedingungen, jedoch wüchsen Wirtschaft und Wohlstand in manchen Staaten deutlich schneller als in anderen. Hierfür seien in erster Linie die jeweiligen Regierungen mit ihren politischen Entscheidungen verantwortlich, die diese Entwicklung entweder beschleunigten oder bremsten. Es gelte daher, die besten Praktiken weltweit auch für die restlichen Staaten fruchtbar zu machen.

Staatsminister a.D. Anton Pfeifer betonte, dass Lateinamerika im Bereich der Armutsbekämpfung in den letzten Jahren viel erreicht hat. Dies habe auch unmittelbar mit den positiven Auswirkungen des Globalisierungsprozesses zu tun.

Dennoch müssten weiterhin wichtige Schritte im Bereich der Sozialpolitik unternommen werden, um das Feld nicht kurzfristig denkenden populistischen Akteuren zu überlassen. Rogelio Carbajal, Generalsekretär der PAN, ging auf die gerade derzeit besonders sichtbaren negativen Seiten der Globalisierung ein. Die gegenwärtige Finanzkrise sei hierfür ein Beispiel: Die Folgen der Krise wirkten sich weltweit in voller Härte auf die Menschen aus. Auch das international organisierte Verbrechen sei inzwischen – nicht nur für Mexiko – eine erhebliche Bedrohung geworden.

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Hartwig Fischer führte aus, dass globale Mechanismen heute keine Entschuldigung mehr für mangelnden Einfluss der Politik auf den Globalisierungsprozess seien. Die Politik trage die Verantwortung für eine aktive Gestaltung der Globalisierung, so dass diese von den Menschen als positiv und wünschenswert wahrgenommen wird. Tenor der Konferenzbeiträge war, dass ein freies Wirtschaftssystem insgesamt nach wie vor entscheidende Vorteile biete und Wohlstandsgewinne sichern könne. In einem solchen System müsse jedoch der Mensch wieder stärker in das Zentrum des Handelns rücken.



Insgesamt wurden von der KAS und ihren Partnern während der „Ludwig-Erhard-Woche“ in Afghanistan sieben wirtschafts- und gesellschaftspolitische Publikationen vorgestellt, die anschließend Bibliotheken, Wissenschaftszentren, Lehrenden, Studierenden und Schülern zur Verfügung gestellt wurden.

SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT AN DER SEIDENSTRASSE

Die Konrad-Adenauer-Stiftung engagiert sich seit 2003 im ordnungspolitischen Dialog in Afghanistan. Im Rahmen einer „Ludwig-Erhard-Woche“ stellte die KAS nun die Dari-Übersetzung des Lexikon Soziale Marktwirtschaft in Kabul vor. Das Kompendium soll für die weitere Diskussion im Land nicht nur als Nachschlagewerk, sondern auch als Ratgeber und Ideenquelle nutzbar gemacht werden. Ziel ist zum einen die Erklärung der wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Grundlagen des Konzepts Soziale Marktwirtschaft. Zum anderen möchte die KAS über ihren ordnungspolitischen Dialog den Themenschwerpunkt Soziale Marktwirtschaft verstärkt in der afghanischen Zivilgesellschaft verankern.

Ausgewählte Veranstaltungen

KAS-PANORAMA



AUSLANDS- UND VERBINDUNGSBÜROS DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG | **LATEINAMERIKA** **1** Mexiko, Mexiko-Stadt (Auslandsbüro zuela, Caracas **6** Kolumbien, Bogotá **7** Ekuador, Quito (Auslandsbüro und Regionalprogramm Politische Partizipation Indigenas) **8** Peru, Lima **9** Bolivien **13** Uruguay, Montevideo (Auslandsbüro und regionales Rechtsstaatsprogramm Lateinamerika Süd) **14** Argentinien, Buenos Aires (Auslandsbüro und Regionalprogramm Paris **19** Spanien, Madrid **20** Italien, Rom **21** Estland, Tallinn **22** Lettland, Riga **23** Litauen, Vilnius (Auslandsbüro und Verbindungsbüro für Weißrussland) Sankt Petersburg **30** Ukraine, Kiew **31** Rumänien, Bukarest (Auslandsbüro und regionales Rechtsstaatsprogramm Südosteuropa) **32** Bulgarien, Sofia (Auslandonien, Skopje | **SUBSAHARA-AFRIKA** **37** Senegal, Dakar **38** Ghana, Accra **39** Benin, Cotonou (Regionalprogramm Politischer Dialog Westafrika) **40** Nigeria, Abuja (Regionalprogramm Subsahara-Afrika) **46** Mosambik, Maputo **47** Malawi, Lilongwe **48** Simbabwe, Harare **49** Republik Südafrika, Johannesburg (Auslandsbüro Maghreb) **52** Tunesien, Tunis **53** Ägypten, Kairo **54** Israel, Jerusalem **55** Autonome Gebiete Palästinas, Ramallah **56** Jordanien, Amman **57** Türkei, Ankara (Auslandsbüro Zentralasien) **61** Afghanistan, Kabul **62** Pakistan, Islamabad **63** Indien, Neu Delhi **64** **65** VR China, Peking und Shanghai **66** Mongolei, Ulaanbaatar **73** Singapur, Singapur (3 Regionalprogramme: Politik, Medien und Rechtsstaat) **74** Indonesien/Ost-Timor, Jakarta





KOOPERATIONSVERTRAG DPA-ANN UNTERZEICHNET

Mit der Unterzeichnung eines Kooperationsvertrags zwischen der Deutschen Presse-Agentur (dpa) und dem „Asian News Network“ (ANN) Ende Juli 2008 in Bangkok ist es erstmals zu einer Zusammenarbeit zwischen einer deutschen Nachrichtenagentur und einem asiatischen Nachrichtenverbund gekommen. Der Vertrag sieht vor, dass die dpa in Zukunft täglich vom ANN etwa 40 Berichte übernehmen und diese über ihre eigenen Dienste weiterverbreiten wird.

Der ANN, heute das größte Nachrichtensyndikat Asiens mit einer Gesamtauflage von 14,5 Millionen Exemplaren und einer Leserschaft von rund 50 Millionen, hat damit die Chance, Berichte aus Asien weltweit zu verbreiten. Gleichzeitig hat die dpa künftig die Möglichkeit, erheblich stärker und authentischer über Asien zu berichten, da in den Redaktionen der Mitgliedszeitungen des ANN überwiegend einheimische Journalisten arbeiten. Nicht umsonst lautet das Motto des ANN: „We know Asia better“.



Die Initiative zur Gründung des ANN hatte das KAS-Medienprogramm nach der Asienkrise 1997 ergriffen. Die Idee war, die Kommunikation der asiatischen Medien untereinander zu verbessern und gleichzeitig den europäisch-asiatischen Dialog zu fördern. Der Leiter des Medienprogramms, Werner vom Busch, ist gleichzeitig Berater des ANN-Direktoriums. In den vergangenen Jahren ging es der KAS vor allem darum, die Zahl der teilnehmenden Zeitungen zu erhöhen, neue Wege durch Multimedia zu beschreiten und neue Kooperationspartner zu gewinnen.

Der ANN hat heute 20 Mitgliedszeitungen in 19 asiatischen Ländern, von denen 18 englischsprachig und zwei landessprachlich erscheinen. Damit deckt der ANN den gesamten asiatischen Raum von Pakistan und Indien bis Korea und Japan ab. Tagtäglich tauschen die Zeitungsredaktionen, darunter „China Daily“ in Peking, „The Korean Herald“ in Seoul oder „The Statesman“ in Kalkutta, untereinander etwa 80 Artikel aus. Die Koordinierungsstelle des ANN hat ihren Sitz in Bangkok. Der Geschäftsführer der dpa, Michael Segbers, betonte, dass die künftige Zusammenarbeit zwischen dpa und ANN der zunehmenden globalen Bedeutung Asiens Rechnung trage.

*Bild oben:
Nach der Unterzeichnung des Kooperationsvertrags stießen die Mitglieder von ANN, dpa und KAS auf die künftige Zusammenarbeit an.*

*Bild links:
Handschlag zum Vertragsabschluss: Pana Janviroj (ANN) und Michael Segbers (dpa).*

TRAINING FÜR WISSENSCHAFTSJOURNALISTEN

Wie bereits 2007 unterstützte das Medienprogramm Südosteuropa auch dieses Jahr das internationale Umweltfestival „Green Wave – 21st Century“, das in der bulgarischen Stadt Kopriwischitzza stattfand. Die international prominent besetzte Veranstaltung wurde unter der Schirmherrschaft des bulgarischen Vizepräsidenten Angel Marin abgehalten. Das Festival hat das Ziel, das in Südosteuropa nur gering ausgeprägte Umweltbewusstsein zu schärfen und unterschiedliche Recherche-Techniken zu vermitteln. Mit Manfred Ladwig präsentierte das Medienprogramm einen renommierten investigativen ARD-Journalisten als Referenten. Er stellte unter anderem seinen Film über die Zerstörung des bulgarischen Nationalparks Pirin bei Bansko vor und berichtete über seine aktuellen Recherchen bezüglich der Holzmafia in Kambodscha. Zusätzlich organisierte die KAS eine Schulung zur

investigativen Wissenschafts- und Umweltberichterstattung. Teilnehmer waren ausgesuchte Fachjournalisten wichtiger Medien – etwa des bulgarischen Rundfunks und Fernsehens sowie der größten bulgarischen Nachrichtagentur BTA und der Deutschen Welle. Manfred Ladwig berichtete als Hauptreferent und Trainer nicht nur über Möglichkeiten der Recherche, sondern auch über die ethischen Grundsätze in verschiedenen deutschen Medienkodices. Dirk Förger, Leiter des Medienprogramms und promovierter Biologe, referierte als ehemaliger Wissenschaftsjournalist am Beispiel der Gentechnologie über das Verhältnis zwischen Medien und Wissenschaft.



*ARD-Journalist
Manfred Ladwig
im Interview.*

AFRIKAS MEDIEN AUF DEM WEG IN DIE DIGITALISIERUNG

Vertreter aus insgesamt 16 Ländern haben in der ugandischen Hauptstadt Kampala an der diesjährigen „Media Leadership Conference“ des Medienprogramms Subsahara-Afrika teilgenommen, um die neuesten Trends und Entwicklungen rund um die digitalen Medien kennen zu lernen. Erstmals waren auch Teilnehmer aus Westafrika dabei.

Vor allem für Medienmanager aus kleineren Ländern ist diese Thematik von großem Interesse, da der Digitalisierung in ihrer Heimat oft eine mangelhafte Infrastruktur im Wege steht: Veralterte Ausrüstung, unzureichende Internet-Bandbreiten, Unkenntnis der Managementebene sowie die Finanzschwäche vieler Medien bilden eine schwer zu überwindende Barriere für eine stärkere Nutzung neuer Medien.

Die Bedeutung von Blogs oder Twittern wurden während der Konferenz ebenso behandelt, wie die Frage der praktischen Umsetzbarkeit. Wie lässt sich das Internet 2.0 als Werkzeug nutzen, um einen Mehrwert zu erzielen? Wie lässt sich damit Geld verdienen und somit mehr Handlungsspielraum für die einzelnen Unternehmen erreichen? Wie wirken sich lokale Eigenarten auf die professionelle Nutzung der digitalen Medien in Afrika aus?

Dass digitale Medien auch für Afrika eine große Chance darstellen, hat der Mobilfunk bewiesen: Er hat den ganzen Kontinent im Sturm erobert. Die Übertragung von mobilen Nachrichten auf das



Handy lässt sich mit relativ einfacher Ausstattung bewerkstelligen und die fehlenden Bandbreiten spielen dabei kaum mehr eine Rolle. So entstehen alternative Vertriebswege, und Nachrichten werden auch zu denen gebracht, die bisher nicht erreicht werden konnten.



MEDIEN

WAHLBERICHTERSTATTUNG MIT EINGEBAUTER FEUERTAUF

Eigentlich sollte es ein ganz normaler Wahlberichterstattungsworkshop für südafrikanische Radiojournalisten werden. War es auch. Jedenfalls am Anfang. Zwei Radiotrainer der Deutschen Welle standen bereit. Lokale Experten gaben unter anderem Einführungen in Wahlsystem, Rolle der Medien, Verfassung und Stimmauszählung. Anschließend erlernten die Teilnehmer den Umgang mit Aufnahmegeräten, neue Interviewtechniken und den optimalen Beitragsaufbau für die Berichterstattung. „Business as usual“, wie der Medientrainer sagt.

Normalerweise folgen zwei Tage im Feld, während derer die vorbereiteten Geschichten in die Praxis umgesetzt werden. Die zwei Tage folgten auch. Aber anders, als die Teilnehmer erwartet hatten. Denn Südafrika befand sich zum Zeitpunkt des Workshops in seiner schwersten Krise seit dem Ende der Apartheid – und wo lassen sich Journalisten besser ausbilden, als in einem Krisengebiet?

In diesem Falle war das Krisengebiet ein Flüchtlingslager, mitten in Johannesburg. Belegt mit Menschen vom halben afrikanischen Kontinent, verängstigt und verzweifelt, nachdem aufgebrachte Einheimische sie aus ihren Häusern vertrieben hatten. Die Täter warfen den Ausländern aus Simbabwe, Mosambik oder anderen Nachbarländern vor, Arbeitsplätze wegzunehmen und kriminell zu sein.

Wie wenig unsere Teilnehmer auf die Situation vorbereitet waren, wie wenig sie vom Leid der von Ausländerhass verfolgten Menschen wussten, zeigte sich an ihren Reaktionen, die von Unverständnis über Mitgefühl bis zu Tränenausbrüchen reichten. Die Übungen vor Ort waren eine schwierige Herausforderung – eine Feuertaufer ersten Grades. Neben der üblichen Radiosendung zur Wahlberichterstattung erstellten die Teilnehmer später aus eigener Initiative einen Blog über das Lager.

So konnte das Medienprogramm Subsahara-Afrika zwei Dinge gleichzeitig erreichen: Radiojournalisten auf die Parlamentswahlen 2009 vorbereiten und den journalistischen Blick für Ungerechtigkeit und Gewalt gegenüber Minderheiten schärfen.



Bild oben:
Größtes Flüchtlingslager in Johannesburg: Ein Teilnehmer des KAS-Workshops interviewt einen von über 2000 Flüchtlingen.

Bild Mitte:
Lagerleben: Mehr als 2000 Flüchtlinge, darunter viele Frauen und Kinder, leben seit Wochen in Zelten.

Bild unten:
Training unter verschärften Bedingungen: Interview im Flüchtlingslager.

Der politische Dialog dient dem Meinungsaustausch, der Friedenssicherung und schafft Voraussetzungen für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit.

POLITISCHER DIALOG

PARLAMENTS- UND PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN IN GHANA ALS TEST FÜR DIE JUNGE DEMOKRATIE

Am 7. Dezember 2008 finden die fünften demokratischen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in der Vierten Republik statt, die 1992 durch eine neue Verfassung begründet worden war. Diese Verfassung bedeutete das Ende der 12-jährigen Militärherrschaft und legte die Grundlage für die demokratische Erneuerung Ghanas. Vor allem vor dem Hintergrund der Ereignisse nach den Wahlen in Kenia wird der Urnengang von vielen Beobachtern gleichermaßen mit Sorge gesehen und als entscheidend für den weiteren Demokratisierungsprozess in Ghana charakterisiert.

Die Vorzeichen lassen nichts Gutes erahnen: Grobe Unregelmäßigkeiten bei der Wählerregistrierung, die zu Gewalt und sogar zu Toten führten. Geheimes Gewalttraining von Jugendlichen durch politische Parteien, die Politisierung der traditionellen Autoritäten, die laut Verfassung zur politischen Neutralität verpflichtet sind, und das angebliche Anlegen von Waffendepots in ländlichen Gebieten weisen auf eine hohe Gewaltbereitschaft im Vorfeld der Wahlen hin. Zusätzlich angeheizt wird die Entwicklung durch die Entdeckung neuer Ölvorkommen, womit ein hoch explosiver Zündstoff Einzug in die politische Ökonomie Ghanas gehalten hat. Die Anreize, an den Hebeln der Macht zu

bleiben bzw. an sie zu gelangen, um am Ölreichtum teilhaben zu können, sind gewaltig gestiegen. Vor dem Hintergrund schwacher rechtsstaatlicher Institutionen besteht Anlass zur Sorge um einen friedlichen Verlauf der Wahlen.



Der stellvertretende Leiter der Hauptabteilung Internationale Zusammenarbeit, Frank Spengler, mit dem ghanaischen Vize-Präsidenten Alhaji Aliu Mahama in Accra.

Im Rahmen der Fachkonferenz „Parteienförderung der KAS in Subsahara-Afrika“, die Mitte Oktober in Accra stattfand, traf der stellvertretende Leiter der Hauptabteilung Internationale Zusammenarbeit, Frank Spengler, mit dem ghanaischen Vize-Präsidenten Alhaji Aliu Mahama zu einem Meinungsaustausch zusammen. Neben Fragen der internationalen Zusammenarbeit wurden die bevorstehenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen erörtert. In diesem Zusammenhang wies Frank Spengler auf die umfangreichen KAS-Aktivitäten zur Wählersensibilisierung hin. Alhaji Aliu Mahama zeigte sich überzeugt, dass Ghana trotz einiger Unregelmäßigkeiten bei der Wählerregistrierung am 7. Dezember friedliche und transparente Wahlen erleben wird.

PRÄSIDENT DES EU-PARLAMENTS ZU GAST



Der Präsident des Europäischen Parlaments, Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering, legte im Rahmen seiner offiziellen Reise nach Südafrika und Äthiopien einen Zwischenstopp bei der KAS in Johannesburg ein. Bei einem informellen Treffen mit Vertretern der Zivilgesellschaft sowie den Auslandsmitarbeitern Dr. Werner Böhler, Frank Windeck und Helga Rothfritzt informierte sich der Parlamentspräsident zur aktuellen Lage in Simbabwe. Am folgenden Tag stand außerdem eine von der KAS organisierte Dialogveranstaltung zu den EU-Afrika-Beziehungen auf dem Programm. Mit südafrikanischen Vertretern aus Forschung, Lehre, Medien und Regierung diskutierte Prof. Pöttering vor allem das europäische Engagement in Afrika und die Zukunft der Afrikanischen Union.



Delegationsmitglieder des Parlaments aus Plateau State mit dem Präsidenten des Deutschen Bauernverbandes, Gerd Sonnleitner, auf dem Zentralen Landwirtschaftsfest des Deutschen Bauernverbandes in München.

DAS PARLAMENT VON PLATEAU STATE, NIGERIA, IN DEUTSCHLAND

Seit Jahren berät die KAS ausgewählte Staatsparlamente (Landtage) in Nigeria. Vom 24. September bis zum 7. Oktober 2008 weilte eine Delegation von 30 Abgeordneten einschließlich des Parlamentspräsidiums und -direktoriums in Deutschland. Vorbereitet wurde die Reise mit einer Klausurtagung, in der den Abgeordneten Grundzüge der politischen und wirtschaftlichen Ordnung Deutschlands, die Erwartungen von Investoren an die Qualität von Standorten (Infrastruktur etc.) sowie die gegenwärtigen Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und Nigeria erläutert wurden.

Rahmenthema der Reise war „Soziale Marktwirtschaft als Entwicklungsbeispiel auf Landesebene“. Das Programm enthielt eine Mischung aus Gesprächen und praktischen Anschauungen. Besucht wurden u.a. Ludwigsburg, Stuttgart, München (mit Wahlbeobachtung), Dresden und Berlin. Ziel war es, den Abgeordneten übertragbare Anregungen für die Bereiche wirtschaftliche Entwicklung auf Landesebene, öffentliche Verwaltung, „Good Governance“ sowie Bildung und Berufsausbildung zu vermitteln.

Das Parlament von Plateau State hat zu mehreren Themen eigene Ausschüsse gebildet, die aus den Erfahrungen in Deutschland Politikinitiativen erarbeiten werden. Diese werden im November 2008 auf einer weiteren Klausurtagung diskutiert, an der auch andere von der KAS beratene Parlamente teilnehmen werden. Ergänzt werden diese Maßnahmen bei Bedarf durch den gezielten Einsatz von Kurzzeitexperten zu ausgewählten Themen der Parlamentsarbeit.

POLITISCHER DIALOG

STAATLICHE PARTEIEN-FINANZIERUNG IN UGANDA?

Die Parteikassen bleiben leer – da hilft auch der Verkauf von Mitgliedskärtchen in Kreditkartenformat nicht viel. Die Parteienfinanzierung in Uganda stellt insbesondere für die Oppositionsparteien eine große Herausforderung dar. Mitgliedsbeiträge und Abgaben von Mandatsträgern an ihre Parteien spielen nur eine untergeordnete Rolle. Bisher finanzieren sich die (Oppositions-)Parteien vor allem aus privaten Spenden, die zur Schaffung oder Erhaltung auch einfachster Organisationsstrukturen nicht ausreichen, und die die Parteien in erhebliche Abhängigkeit einzelner Personen und Interessengruppen drängen. Zwar wurde dem Parlament bereits im Frühjahr 2008 eine Ergänzung zum Parteiengesetz vorgelegt, die die Finanzierung regeln soll, aber noch ist nichts entschieden.

In Zusammenarbeit mit der Foundation for African Development richtete die Konrad-Adenauer-Stiftung im Juli einen Workshop aus, bei dem erstmals Vertreter aller im Parlament vertretenen Parteien mögliche Ansätze diskutierten. Es wurde deutlich, dass eine staatliche Teilfinanzierung der politischen Parteien von allen Parteien grundsätzlich befürwortet wird – auch seitens des regierenden National Resistance Movement (NRM). So ist neuer Schwung in die Debatte gekommen, an deren Ende eine staatliche Teilfinanzierung der Parteien stehen könnte.



+ + + KURZMELDUNG + + +

Prof. Dr. Vogel in DR Kongo

Das KAS-Auslandsbüro in der DR Kongo nahm den Besuch des KAS-Vorsitzenden in Kinshasa im September zum Anlass für eine Vortragsveranstaltung, auf der Prof. Dr. Vogel die Leitgedanken christlich-demokratischer politischer Kultur erläuterte und mit Politikern und Wissenschaftlern deren aktuellen Stand in der DR Kongo diskutierte. Die Teilnehmer erörterten zudem die Möglichkeiten weiterer Allianzbildungen zur Stärkung des dort derzeit zersplitterten christlich-demokratischen Lagers.

POLITISCHER DIALOG

INDIGENE VÖLKER AUF DEM WEG ZUR POLITISCHEN TEILHABE

Ende September versammelten sich 25 ehemalige und amtierende indigene Mandatsträger aus Ecuador, Peru, Bolivien und Guatemala, darunter Minister, Präfekte und Bürgermeister. Sie alle folgten der Einladung des Regionalprogramms „Politische Partizipation Indigener in Lateinamerika“ (PPI) der KAS nach Quito.



*Teilnehmer
des Treffens
in Quito.*

Dem Auftrag des Regionalprogramms entsprechend, die Teilhabe indigener Völker an den politischen und gesellschaftlichen Prozessen in ihren Ländern zu steigern, lag das Ziel der Runde in der Gründung eines politischen Netzwerks zur Unterstützung der noch jungen, durch die KAS ins Leben gerufenen Regierungsschulen für Indigene in allen vier Ländern. Da den Indigenen oftmals das politische und administrative Instrumentarium zur Umsetzung und Vertretung ihrer Interessen in ihren Ländern fehlt, wurde mit einer praxisnahen und möglichst konkreten Ausbildung zu Grundlagen und zur Umsetzung von Politik begonnen. Mit den offiziellen Regierungsstellen auf allen Ebenen wird über den späteren Einsatz der Kursabsolventen verhandelt, so dass hier auch eine notwendige Nachhaltigkeit erzielt werden kann. Die Kursmodule wurden mit den lokalen Partnern zusammen entwickelt. Sie unterliegen einem permanenten Monitoring sowie am Ende eines jeden Jahres einer Evaluierung. Einig war sich die Runde in der Bewertung des Vorhabens. Es leistet einen essentiellen Beitrag zur Stärkung der politischen Teilhabe von indigenen Ethnien. Zugleich begrüßten die Teilnehmer die Initiative der KAS, welche in ihrer klaren Zielorientierung in dieser Form bislang im Andenraum nicht bekannt war.



Abgeordnete im Dialog

Der Dialog zwischen den krisengeschüttelten Nachbarn Pakistan und Afghanistan ist ein besonderes Anliegen der G8 und wird bereits seit über einem Jahr von der KAS gezielt gefördert. Vor allem die sich verschärfende Sicherheitslage war für die KAS Anlass, im September 2008 eine Gruppe von afghanischen und pakistanischen Senatoren und Parlamentariern zu einem Dialogprogramm nach Deutschland einzuladen. Die Gespräche haben gezeigt, dass es noch viel Zeit brauchen wird, um ein stabiles, von beiden Seiten getragenes politisches und wirtschaftliches System in Afghanistan aufzubauen.



Junge Führungskräfte aus den USA und Deutschland in Israel

Der Frage, was Deutschland, die USA und Israel verbindet, gingen im 60. Jubiläumsjahr der Gründung Israels zwölf junge Führungskräfte aus Deutschland und den USA bei einem Besuchsprogramm im August 2008 in Israel nach. Organisiert wurde das Programm vom KAS-Auslandsbüro in Israel und dem American Jewish Committee (AJC). Auf dem Programm standen Gespräche und Diskussionsveranstaltungen zur Geschichte Israels sowie zur gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklung seit der Staatsgründung. Das Besuchsprogramm hat zur Vertiefung des deutsch-amerikanischen-israelischen Dialogs unter jungen Führungskräften beigetragen.



POLITISCHER DIALOG

V.l.n.r.: Jean-Eric Holzapfel, Leiter der EU-Delegation in Minsk, Yannis Smyrliis, Präsident von YEPP, Hans-Jochen Schmidt, Leiter der OSZE-Vertretung in Minsk, Vaidas Augunas, Vorsitzender der Jungen Christdemokraten in Litauen.

PARLAMENTSWAHLEN IN WEISSRUSSLAND – EINE CHANCE FÜR DIE DEMOKRATIE?

Auf Initiative der KAS und YEPP, der Jugendorganisation der Europäischen Volkspartei, sprachen Anfang September führende Vertreter der weißrussischen Opposition und ausgewiesene internationale Experten im litauischen Parlament über die bevorstehenden Parlamentswahlen in Weißrussland und die Zukunft der Beziehungen zu Europa.

Die Konferenz bot über 70 jungen Politikern aus ganz Europa die Gelegenheit, einen Einblick in die gegenwärtige politische und gesellschaftliche Situation in Weißrussland zu erhalten und mit den wichtigsten Oppositionsvertretern des Landes sowie mit internationalen Experten über die Perspektiven einer demokratischen Entwicklung im Land zu diskutieren. Jacek Protasiewicz, Vorsitzender der Delegation für die Beziehungen mit Weißrussland im Europaparlament, und Žygimantas Pavilionis, Staatssekretär im litauischen Außenministerium, betonten, dass die Parlamentswahlen eine wichtige Chance für Weißrussland darstellten, die Beziehungen zu Europa nachhaltig zu verbessern. Voraussetzung sei, dass sich das Regime in Minsk bei der Durchführung der Wahlen an demokratischen Standards orientiere. Nachdem Präsident Lukaschenko im August die letzten politischen Gefan-

genen in Weißrussland freigelassen und somit eine zentrale Forderung der EU erfüllt habe, sei es nun notwendig, dass Europa einen klaren Plan für die weitere Ausgestaltung der Beziehungen mit Weißrussland entwickle, hoben übereinstimmend Hans-Jochen Schmidt, Leiter der OSZE in Minsk, und Jean-Eric Holzapfel, Leiter der EU-Delegation in Minsk, hervor. Beide waren sich mit den Vorsitzenden der konservativen Oppositionsparteien einig, dass Europa auch weiterhin vor allem die demokratischen Kräfte im Land unterstützen müsse.

Höhepunkt der Konferenz war ein Podium mit Alexander Milinkiewitsch, dem Präsidentschaftskandidat der demokratischen Opposition von 2006 und Sacharow-Preisträger des Europaparlaments, und dem kürzlich aus der Haft entlassenen Alexander Kozulin. Es war der erste gemeinsame öffentliche Auftritt der beiden führenden weißrussischen Oppositionspolitiker seit über zwei Jahren. Trotz unterschiedlicher außenpolitischer Auffassungen, insbesondere hinsichtlich der Rolle Russlands, bekräftigten beide, dass nur eine vereinte demokratische Opposition in Weißrussland die Chance habe, eine glaubwürdige Alternative gegen den seit über 12 Jahren autoritär regierenden Präsidenten Lukaschenko zu entwickeln.

+ + + KURZMELDUNGEN + + +

EU-ASEAN Beziehungen im 21. Jahrhundert

Thailand hat im Juli 2008 den Vorsitz der Association of Southeast Asian Nations (ASEAN) übernommen. Die Konrad-Adenauer-Stiftung veranstaltete gemeinsam mit Centre for European Studies (CES) am 6. Oktober 2008 ein internationales Seminar in Bangkok, das dazu diente, die Fortentwicklung der EU-ASEAN-Beziehungen auf der Grundlage der im März 2007 unterzeichneten „Nürnberger Erklärung“ zu bewerten. Die Teilnehmer kamen zum Ergebnis, dass EU und ASEAN über ein sehr großes Potential zur Zusammenarbeit verfügen, das noch nicht in vollem Umfang ausgenutzt wird.



Bundestagspräsident Prof. Dr. Lammert in Korea

Am 28. August 2008 wurde Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert für seine besonderen Verdienste als Wissenschaftler und Politiker, seine Rolle als stellvertretender Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung, seinen Einsatz für die Förderung freundschaftlicher Beziehungen zwischen Korea und Deutschland sowie die Entwicklung der koreanischen Demokratie und Marktwirtschaft mit der Ehrendoktorwürde der Universität Seoul ausgezeichnet.



ENERGIE UND UMWELT

LITAUEN: ERNEUERBARE ENERGIE KANN ENERGIEVERSORGUNG SICHERN

Die Sicherheit von Litauens Energieversorgung ist gefährdet. Im nächsten Jahr geht das litauische Atomkraftwerk Ignalina vom Netz. Von dort bezieht das Land bislang rund 80 Prozent seiner Elektrizität. Da der Reaktor vom Tschernobyl-Typ ist, hat sich die litauische Regierung im Rahmen der EU-Beitrittsverhandlungen verpflichtet, das Kraftwerk bis 2009 abzuschalten.

Das stellt Litauen vor ein großes Problem: Spätestens 2010 fehlt Energie. Da Litauen ebenso wenig wie Lettland und Estland an das europäische Stromnetz angeschlossen ist, sind Zukäufe und Durchleitungen von Elektrizität aus der EU bis auf weiteres nicht möglich. Entsprechend wird die Abhängigkeit von russischem Gas erheblich steigen. Wie die energiepolitische Zukunft der baltischen Staaten aussehen wird, war Gegenstand einer zweitägigen internationalen Konferenz, die die KAS im September in Vilnius veranstaltete. Der frühere litauische Präsident und heutige Europa-abgeordnete Vytautas Landsbergis warnte davor, dass Russland seine Energievorräte als Mittel nutzen könnte, um die frühere geopolitische Rolle wiederzuerlangen. Der Konflikt mit Georgien habe gezeigt, dass Russlands Hegemonialstreben ungebrochen sei.

Entsprechend werde das Projekt der Ostseepipeline, das der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder 2005 unter Ausschluss der baltischen Republiken mit Russland beschlossen hatte, in Vilnius als energiepolitische Neuauflage des Hitler-Stalin-Pakts wahrgenommen. Dagegen verwahrte sich der CDU-Außenpolitiker Karl-Georg Wellmann MdB: Rückgriffe auf die Geschichte behinderten den Blick auf die Zukunft. Vielmehr sei zu fragen, warum Litauen nicht längst Alternativen zu Ignalina – etwa einen Anschluss an die europäischen Stromnetze oder den Bau eines neuen Reaktors – entwickelt habe.

Dass die baltischen Republiken ihre energiepolitischen Optionen noch nicht genügend ausschöpfen, machte auch der Präsident des litauischen Windkraftverbands, Prof. Dr. Stasys Paulauskas, deutlich: Im Baltikum gebe es ausreichend Wind und Biomasse, um einen hohen Anteil des Energiebedarfs durch erneuerbare Energien zu decken. Diese These unterstützte Ivo Lemss von der lettischen Energie-Agentur mit dem Hinweis, dass auch erhebliche Einsparungen im Bereich der Energie-Effizienz möglich seien. Die KAS wird den Dialog über die Diversifizierung der Energiegewinnung in einem regelmäßig tagenden Energie-Forum mit den Partnern vor Ort fortsetzen.

*Bild links:
Karl-Georg Wellmann MdB unterstützt die Entwicklung energiepolitischer Alternativen.*

*Bild rechts:
Der frühere Präsident Litauens, Vytautas Landsbergis MdEP, warnt vor russischem Hegemonialstreben im Energiebereich.*



KAS FORTALEZA ERINNERT AN TAG DER WÜSTENBILDUNG

Im Nordosten Brasiliens sind zahlreiche Gebiete von der fortschreitenden Ausbreitung unfruchtbaren Landes betroffen. Die zunehmende Wüstenbildung gefährdet inzwischen die Existenz von Menschen und Naturräumen. Das Auslandsbüro Fortaleza hat sich dieses Themas angenommen und es zu einem Schwerpunkt der weiteren Seminararbeit gemacht.

INDIEN: DRITTE TERI-KAS KONFERENZ ZUR RESSOURCENSICHERUNG

Gemeinsam mit dem renommierten Partner „The Energy and Resources Institute“ (TERI) veranstaltete die KAS in Indien Anfang Oktober 2008 zum dritten Mal eine Konferenz zu Energiesicherheit, Klimaschutz und Ressourcensicherung. Im Zentrum stand dieses Jahr das Thema „Resource Security: The Governance Dimension“. Einigkeit herrschte darüber, dass ein globaler Ansatz aller Akteure im Umgang mit Ressourcen gefunden werden müsse. Neben der Erarbeitung von Strategien für eine künftige Ressourcenpolitik Indiens wurde die Bedeutung von Wasser, Energieeffizienz und CO2-Emissionen im politischen Verteilungsprozess behandelt.



*Manish Tiwari,
Pressesprecher der Congress-Partei.*

Mit Projekten in über 100 Ländern engagiert sich die KAS weltweit für Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit.

NEUIGKEITEN AUS DER INTERNATIONALEN ZUSAMMENARBEIT

NAMEN UND GESICHTER:



PETER-ALBERTO BEHRENS

- Ist seit August 2008 Leiter des Medienprogramms Lateinamerika mit Sitz in Buenos Aires/Argentinien.
- Leitete zuvor das Auslandsbüro in La Paz/Bolivien.
- Kontakt: peter-alberto.behrens@kas.de



MARTIN-MAURICE BÖHME

- Ist ab Januar 2009 Trainee in Neu Dehli/Indien.
- War zuvor Pressesprecher der Ingenieurkammer Rheinland-Pfalz.
- Kontakt: martin-maurice.boehme@kas.de



ANJA CASPER

- Ist ab Januar 2009 Trainee in Cotonou/Benin.
- Beendete zuvor einen Masterstudiengang „Europäische Studien“.
- Kontakt: anja.casper@kas.de



WINFRIED JUNG

- Ist seit Oktober 2008 Leiter des Auslandsbüros Santiago de Chile/Chile.
- Leitete zuvor das Auslandsbüro in Peking/China.
- Kontakt: fkachile@fka.cl



WOLFGANG MEYER

- Ist seit Oktober 2008 Leiter des Auslandsbüros in Peking/China.
- Leitete zuvor das Auslandsbüro in Phnom Penh/Kambodscha.
- Kontakt: wolfgang.meyer@kas.de



ANNETTE SCHWARZBAUER

- Ist seit Dezember Leiterin des Auslandsbüros in Maputo/Mosambik.
- War zuvor Länderreferentin in den Teams Lateinamerika und Afrika/Naher Osten.
- Kontakt: annette.schwarzbauer@kas.de



JULIA WEBER

- Ist seit September 2008 Trainee in Johannesburg/Südafrika.
- War zuvor als Journalistin tätig.
- Kontakt: julia.weber@kas.de



LATEINAMERIKA IM BLICK

Der Planungsausschuss der KAS tagte unter der Leitung von Staatssekretär a.D. Dr. Volkmar Köhler Anfang Juli zum Thema „Herausforderungen für die Demokratie in Lateinamerika“. Die zentralen Themen und Fragestellungen, die im Kreise anerkannter Fachleute dieses Gremiums diskutiert wurden, bezogen sich sowohl auf die wirtschaftlichen Perspektiven und ungelösten sozialen Herausforderungen, vor denen die Demokratie in der Region steht, als auch auf die Ausbreitung populistischer Regierungen mit autoritären Ausprägungen. Einen besonderen Stellenwert nahmen ferner die Lateinamerikapolitik der EU sowie die Rolle und Bedeutung der politischen Parteien ein.



VOLLTREFFER FÜR DIE UMWELT

Mit dem Anpfiff des „Green Goal Action Plan“ am 17. Oktober 2008 in Kapstadt ist es der KAS nicht nur gelungen, einen Beitrag zur umweltfreundlichen Ausrichtung der im Jahr 2010 in Südafrika stattfindenden Fußball-WM zu leisten, sondern auch eine gute Zusammenarbeit zwischen unterschiedlichen Regierungsebenen – die noch dazu von verschiedenen politischen Parteien regiert werden – zu fördern. Den Leitfaden für eine umweltverträgliche WM hatte die KAS gemeinsam mit der Stadt Kapstadt und der Westkap Provinzregierung entwickelt. Das feierten der Leiter des Auslandsbüros in Südafrika, Dr. Werner Böhler (v.l.), Kapstadts Bürgermeisterin Helen Zille von der Democratic Alliance, die Ministerin des Western Cape, Lynne Brown vom African National Congress, und Deutschlands Botschafter in Südafrika, Dieter Haller, bei der offiziellen Präsentation des Action Plan.



AUSGEWÄHLTE NEUERSCHEINUNGEN AUS DER HAUPTABTEILUNG **INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT**



RECHTSSTAAT IN LECTURES NR. 1

Das Rechtsstaatsprogramm in Südosteuropa hat den ersten Band der neu gestarteten Schriftenreihe „Rechtsstaat in Lectures“ veröffentlicht. Die Reihe sammelt herausragende Vorträge aus Seminaren. Sie soll den Bedarf an Expertenanalysen zu rechtsstaatlichen Themen decken, die für die Region Südosteuropa besonders relevant sind. Rechtsstaat in Lectures Nr. 1 von Dr. Johan Callewaert setzt sich mit der Auswirkung des EU-Beitritts auf die Anwendung der Europäischen Menschenrechtskonvention und die Wechselwirkung verschiedener nationaler und regionaler Menschenrechtsschutzsysteme auseinander.

■ **Bezug:** Rechtsstaatsprogramm/Südosteuropa, Bukarest; <http://www.kas.de/rspsoe>



WELTWEIT FÜR DEN RECHTSSTAAT

Mit der Publikation „Weltweit für den Rechtsstaat – Das Rechtsstaatsprogramm der Konrad-Adenauer-Stiftung“ liegt zum ersten Mal eine Gesamtdarstellung der weltweiten Stiftungsaktivitäten in diesem Sektorprogramm vor. Darin wird insbesondere erörtert, wodurch die Rechtsstaatsarbeit der Stiftung charakterisiert ist, insbesondere welche Rechtsbereiche sie in den einzelnen Weltregionen behandelt.

■ **Bezug:** <http://www.kas.de/wf/de/33.14435/>



KAS-DEMOKRATIEREPORT 2008 „MEDIA AND DEMOCRACY, VOL. II“

Der diesjährige Demokratiereport informiert über den Stand der Medienfreiheit in 16 Projektländern der KAS aus fünf Regionen; Afrika: Nigeria und Senegal; Asien: China, Georgien, Philippinen, Malaysia und Thailand; Europa: Bulgarien, Polen, Russland und Ukraine; Lateinamerika: Bolivien, Brasilien und Venezuela; Naher Osten: Ägypten und Türkei. Das Schlusskapitel gibt einen Überblick über das weltweite Medienprogramm der KAS.

■ **Bezug:** <http://www.kas.de/wf/en/33.14855/>



LEXIKON SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT IN DARI

Das Lexikon Soziale Marktwirtschaft wurde von der Konrad-Adenauer-Stiftung inzwischen in elf Sprachen übersetzt. Damit leistet die KAS in ihren Einsatzländern einen Beitrag zum weltweiten ordnungspolitischen Dialog. Mit der Übersetzung in Dari soll das Lexikon Soziale Marktwirtschaft für die weitere Diskussion in Afghanistan nicht nur als Nachschlagewerk, sondern auch als Ratgeber und Ideenquelle nutzbar gemacht werden.

■ **Weitere Informationen unter:** http://www.kas.de/proj/home/pub/80/1/-/dokument_id-14180/



ANUARIO DE DERECHO CONSTITUCIONAL LATINOAMERICANO 2008 - 14. AÑO

Die 14. Ausgabe des vom Rechtsstaatsprogramm in Lateinamerika herausgegebenen, renommierten Lateinamerikanischen Verfassungsrechtsjahrbuchs enthält unveröffentlichte Beiträge angesehener Autoren aus Lateinamerika und Europa zu aktuellen Entwicklungen des Verfassungs- und Verfassungsprozessrechts, des Grund- und Menschenrechtsschutzes sowie des Integrations- und des Völkerrechts, den Schwerpunktthemen des Rechtsstaatsprogramms.

Herausgeber: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Montevideo 2008

■ **Bezug:** http://www.kas.de/proj/home/pub/13/1/year-2008/dokument_id-14371/index.html



DIE FINANZMARKTKRISE - INTERNATIONALE PERSPEKTIVEN

Die Publikation umfasst 24 Berichte aus Auslandsbüros der KAS, in denen die aktuellen Auswirkungen der Finanzmarktkrise in den jeweiligen Länder analysiert werden. Damit sollen zugleich die Chancen skizziert werden, die in dieser Krise für den ordnungspolitischen Dialog zur Sozialen Marktwirtschaft liegen.

■ **Bezug:** <http://www.kas.de/finanzmarktkrise>